

Zeitschrift: Schweizer Ingenieur und Architekt
Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine
Band: 112 (1994)
Heft: 27/28

Artikel: Innenpolitische Entwicklung
Autor: Lendi, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-78474>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Innenpolitische Entwicklung

Es gibt eine Tradition der aussenpolitischen Lagebeurteilung und Strategiediskussion. Die innenpolitische Debatte wird weit weniger grundsätzlich und schon gar nicht vor dem Hintergrund einer systematischen Lageanalyse und vor einer ausholenden Zukunftsabschätzung geführt. Sie wird aber sachlich und zeitlich dringend, weil die positive Aufwärtsentwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg ins Stocken gerät.

Mut zu einer Trendanalyse

Dass die Schweiz vor Problemen steht, das ist sogar den in einem abgeschlossenen oder sich abkapselnden Kreis le-

VON MARTIN LENDI,
KÜSNACHT

benden Politikern und den zugehörigen Meinungsmachern der Medien klar geworden. Man spricht vom Röstigraben, beschwört das harte Wort von der Zerreihsprobe oder – eleganter – dasjenige vom Identitätsverlust. Direkt angesprochen werden üblicherweise zentral die Finanzen, die Asylpolitik, die aussenwirtschaftlichen Beziehungen und neuerdings die polizeiliche Sicherheit im Sinne der Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Eine umfassende und ganzheitliche Analyse mit Überlegungen zum politischen System, zur Wirtschaft, zur Gesellschaft und zum Lebensraum samt den Lebensvoraussetzungen aus einer vernetzten Sicht fehlt.

Die Szenarien, die eine Expertenkommission für die Schweiz von morgen (Bern 1991) skizziert hat, wirken leider etwas «künstlich», weil sie den Veränderungsgeschwindigkeiten in der Gesellschaft, der «Eigendynamik» von Trends, nicht die gehörige Beachtung schenken, «Heilungspotentiale» gross schreiben und von einer nachhaltigen Auseinandersetzung mit Massnahmen absehen, mit dem Ergebnis, dass die Wirklichkeit nicht deutlich genug hervortritt: Szenarien sind Bilder, die sich der «Randbedingungen» und nicht des «Kräftefeldes» annehmen – mehr nicht, selbst wenn sie vermeintlich realistisch konzipiert sind.

Wie gross die Probleme, wie vielfältig die Dimensionen der Problemfelder sind, das wird – wie angedeutet – entweder nicht wahrgenommen oder verdrängt. Bisweilen kriegt man sogar den Eindruck, es sei bequem, die Problemlagen auf Fragen der Finanzen und der Aussenbeziehungen in Richtung zur EU zu reduzieren, wird doch von da her

gleichsam suggeriert, dass, wenn es wirtschaftlich aufwärts gehe, wieder alles in Ordnung komme, oder wenn es gelänge, die Beziehungen zur EU zu festigen, eine Summe von Problemen sich von selbst erledige.

Dass dem nicht so ist, das wissen beispielsweise sogar die auf optimalen Reserven gebauten Banken mit ihren Sensibilitäten für die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung, signalisieren sie doch, dass die Veränderungen unserer Zeit so gross sind oder doch sein könnten, dass man sich vorsehen müsse, auch wenn gegenwärtig – für die Banken – erhebliche Gewinne anfallen, die es gestatten würden, mindestens kurzfristig den Kopf in den Sand zu stecken. Sicher ist eins: Die Politik wird sich die Problemlast, die sie gegenwärtig spürt oder wahrnehmen sollte, umgehend aus dem Kopf schlagen, wenn sich die wirtschaftliche Lage gebessert hat und die Budgets auf Zeit im Gleichgewicht zu sein scheinen. Sie ist bekanntermassen eine Veranstaltung der Wahlperioden und des Pragmatismus, der sich selbst legitimiert, sicherlich eine banale Feststellung, aber leider ist sie bis heute nicht zu widerlegen.

Ich wage – um die Dramatik der Situation zu unterstreichen und um die öffentliche Diskussion zu beflügeln –, einige negative Elemente des sich abzeichnenden Trends zu skizzieren, die viele Missverständnisse provozieren, die aber eingebracht werden müssen, wenn wir nicht mit Scheuklappen leben wollen. Dabei bin ich mir bewusst, dass eine Trendanalyse der Weisheit letzter Schluss nicht ist, weil sie im Kern von gegebenen, bekannten «Elementen» und «Vektoren» ausgeht sowie die denkbaren «Interventionen», d.h. die laufend eingebrachten Korrekturen, und die inneren «Veränderungspotentiale» fürs erste ausser acht lässt. Die hier in einer Kurzdarstellung vorgelegten Hinweise sind zudem rudimentär. Der Mitdenkende hört aber aus den negativ-kritischen Bemerkungen die positiv-konstruktiven Aufbaunotwendigkeiten heraus.

Elf heikle Trendfaktoren

Die Schweiz als «Entwicklungsland»

Hier ist der *erste Trendfaktor*: Die Schweiz ist zu einem «Entwicklungsland» geworden, das weit über die finanziellen Aspekte hinaus vor Problemen steht, die wir als hinter uns gebracht betrachtet haben. In diesem Sinne sei gleich der Ausblick beigefügt: Wir werden, wenn die Aussage stimmt, in vielen Belangen neu beginnen müssen. Natürlich gibt es viele Gründe, die Behauptung gleich umzustossen. Das kritische Wort ist denn auch in Anführungszeichen gesetzt, doch will es klären, dass der Wohlstand nicht gesichert ist und dass das Land von neuen Entwicklungsfaktoren ausgehen muss. Nehmen wir zur Kenntnis, dass die Bevölkerung in der Schweiz mit ungünstiger Alterspyramide gewachsen ist und wächst, und zwar nicht im bescheidenen Rahmen einer klassischen Industrialisation. Nehmen wir des weitern zur Kenntnis, dass die legale und illegale Migration – als Faktum –, dass der Familiennachzug – ebenfalls als Faktum – und die kommenden Regelungen mit der EU diese Entwicklung andauern lassen.

Von da her ergeben sich beispielsweise qualitative Probleme des Schulwesens mit Kostenfolgen. Gesundheits- und Wohnbauprobleme – ebenfalls mit Kostenfolgen – werden sich anschliessen. Es zeichnen sich aber vor allem gravierende innere Wohlstandsgefälle ab, die wahrlich mehr als Kostenfolgen, nämlich sozialen und politischen Konfliktstoff, implizieren. Vorweg belastet werden auf weite Sicht hinaus die Städte mit all den resultierenden finanziellen, sozialen und polizeilichen Konsequenzen. Sie werden auf lange Zeit überfordert sein. Verschiessen wir sodann die Augen nicht vor der Tatsache, dass wir mit der wachsenden Bevölkerung und der gleichzeitigen Nachfragevermehrung auf dem Arbeitsmarkt durch eine grössere Zahl Erwerbstätiger den zeitlich parallel sich abspielenden, tiefgreifenden Wirtschaftsstrukturwandel – mit wachsender Produktivität und Neigungen zum 3. Wirtschaftssektor, wobei die internationale Wirtschaftswelt «schweizerisches» Leistungsangebot egalisiert – belasten. Die Schere zwischen Arbeitsnachfrage und -angebot wird sich öffnen.

Der Lebensraum wird eng

Der *zweite Trendfaktor*: Unser Raum wird eng. Ich weiss, auch diese Aussage ist gefährlich, weil das Boot selbstredend nicht voll ist. Es ist aber unehrlich zu sagen, die Bevölkerungsdichte sei in diesem Land eine vernachlässigbare Grösse. Der beste Beweis der Enge ist, dass die Schweizer aufatmen, wenn sie ins Elsass fahren – der Weite wegen. Noch besser erkennbar ist diese Problematik an den Bodenpreisen, aber auch an den Agglomerationsprozessen, an der Verstärkung des Mittellandes, ja sogar an den beinahe unendlichen Schwierigkeiten, Grossanlagen wie NEAT, BAHN 2000 sowie Deponien, Verbrennungsanlagen, Kraftwerke usw. zu errichten. Der besonders kritische Punkt der Enge liegt im Engegefühl, das für die Toscana-Fahrer und Florida-Bewohner unserer Elite nicht problematisch ist, wohl aber für die Familie in einer Dreizimmerwohnung an der «multikulturellen» Langstrasse, weiter für ethnische Gruppen und für anderer Minderheiten aller Art, die sich nicht oder nur schwer entfalten können.

Verdrängung internationaler Vernetzungen

Der *dritte Trendfaktor*: Die Schweiz hat sich international weit stärker vernetzt, als das heimatliche Bild dies wahrhaben will. Hinter dieser Aussage stecken viele positive Aspekte, ist es doch geistig und wirtschaftlich vorteilhaft, dass die schweizerische Industrie- und Dienstleistungswirtschaft den Schritt über die Grenzen nicht nur im Handel, sondern auch in der Produktion gewagt hat. Die universellen und intensiven europäischen Beziehungen sind eine echte Bereicherung für dieses Binnenland, nur geben wir uns kaum hinreichend Rechenschaft, dass sich zahlreiche Dimensionen unserer internationalen, vorweg wirtschaftlichen Aktivitäten der nationalen Entscheidung schlicht und einfach entziehen. Sie sind Einflüssen ausgesetzt, die wir hinzunehmen haben.

Auf das internationale Geschehen können wir eben nur am Rande einwirken. Der internationale Markt macht zudem, was er will und zeigt uns unsere Grenzen. Er bläst sogar den öffentlichen Unternehmungen der PTT, der SBB, der Swissair und der SRG – dereinst auch der SUVAL, der AHV und den Krankenkassen – brutal um die Ohren! Und die Politik tut noch immer so, als ob es möglich wäre, mit nationalen Monopolen öffentliche Unternehmungen und mit nationalen Subventionen sowie Wirtschaftsvorschriften das «einheimische» Wirtschaften zu stärken! Die Schritte in Richtung UNO, GATT und EU sind folgerichtig anvisiert, doch

genügt die Zielsetzung nicht. Der Beitritt ist mindestens dann angezeigt, wenn auf diesem Weg der Grad der Freiheit im Rahmen der «Ordnungspolitik» für die Individuen, für die Wirtschaft, die Gesellschaft und sogar für den einzelnen Staat nicht kleiner, sondern grösser wird.

Dies ist vorweg für die UNO und das GATT der Fall. Die Europäische Union des «korrigierten» Maastrichter-Vertrages kann früher oder später attraktiv werden. Der Öffentlichkeit muss deutlich gesagt werden, dass die verkappte Hoffnung der Wahrung der Eigeninteressen, die sich oft – zu oft – mit interventionistischen nationalen Gesetzen verbindet, in wesentlichen Belangen der Wirtschaft sowie der sozialen Sicherheit und weit darüber hinaus morgen nicht mehr greifen wird. Ihr muss sodann klar gemacht werden, dass die Sicherheit ein internationales Standbein hat, dass die Probleme der Entwicklungsländer nicht am Äquator enden, sondern sogar in die Schweiz drängen, dass der Druck der Arbeitslosigkeit in den EU-Staaten in unterschiedlichen Formen in die Schweiz infiltriert und dass das Gefälle von den Ost-Staaten nach Westeuropa Schatten wirft, bis in die Schweiz hinein, mal stärker, mal weniger ausgeprägt, aber auf weite Sicht sich tendenziell verstärkend. Mit andern Worten: Die internationale Verantwortung der Schweiz wird von Tag zu Tag grösser, die auf nationale Aspekte reduzierte Politik von Tag zu Tag weniger griffig.

Neigung zur Unterforderung

Das *vierte Trendelement* folgt sogleich: Gesellschaft und Wirtschaft der Schweiz sind daran, sich zu unterfordern. Dieser Faktor ist wohl kaum verständlich, da auch die Gegenthese formulierbar wäre, nämlich, die Schweizer seien auf dem Weg, sich zu überfordern. Und doch muss der angesprochene Trendfaktor in der Art der Unterforderung bedacht werden. Warum? Weil hinter ihm die aufkommende Gefahr des Qualitätsabsturzes lauert, die sich am Horizont bereits heute abzeichnet. Der knapp werdende Reichtum in diesem Land ist, einerseits die Elite und andererseits der hohe Ausbildungs- und Bildungsstand der breiten Bevölkerung.

Wie prekär das Angebot beim Teilelement der Elite geworden ist, das zeigen die Hochschulen, dann erleben es die Industrie und die Dienstleistungsbetriebe, das Militär und die Verwaltung, ja sogar die hohe Politik. Es gibt gegenwärtig und auf längere Zeit hinaus einfach nicht genügend gute und ausreichend belastbare Kader, um all das er-

folgreich zu tun, was dieses Land im Hinblick auf einen hohen Lebensstandard mit sozialem Ausgleich leisten sollte. Es finden sich aber auch nicht mehr genügend Facharbeiter, die so tüchtig sind, dass unsere Produkte für sich selbst sprechen würden. Ferner ist es beispielsweise offenkundig, dass die Qualität in den Primarschulen durch Überforderungen durch die präsenannte Multikultur leidet bzw. – positiv – nach neuen Unterrichtsleistungen ruft, die nicht in Richtung Mittelmasse tendieren, sondern in Richtung Mehrung und Stärkung der Qualität.

Man kann es nicht deutlich genug sagen: Wir können uns keinen Qualitätsrückgang leisten, weder in der Wirtschaft, noch in der Politik, und auch nicht im gesellschaftlichen Miteinander. Wir müssen uns mehr abverlangen. Die Mitgliedschaft im Golfklub mag eben die Weiterbildung genau so wenig zu ersetzen, wie dies das freizeitfüllende Fernsehprogramm vortäuscht. Und: Das Kaufen und Verkaufen von Betrieben mit dem Ziel der Diversifikation bzw. Schlankeheit bzw. des Am-Markt-Dabeiseins ist, gemessen an der hohen, permanenten Aufgabe der Produktentwicklung und Produktequalität in allen Wirtschaftssektoren, keine echte Leistung. Wir müssen lernen: Das konkrete Angebot am Markt muss stimmen.

Unterschätzung der Wirtschaft

Der *fünfte Vektor* im Feld der den Trend formierenden Kräfte ist in der anhaltenden Neigung der Unterschätzung der Wirtschaft zu sehen. Irgendwie hat sich in der Schweiz die Grundhaltung verbreitet, die Wirtschaft, das seien nicht wir, sondern das sei ein anonymes Drittes, das dafür verantwortlich sei, das Bruttosozialprodukt zu mehren, Arbeitsplätze genau in der richtigen Zahl und in der Art, wie sie dem Lebensglück entsprechen, zur Verfügung zu stellen und erst noch einen Beitrag an das individuelle Freizeitvergnügen zu leisten. Die verbreitete Unfähigkeit des Erkennens und Eingestehens, dass wir selbst die Träger der Wirtschaft sind und dass sie durch unsere Phantasie, Kreativität und vor allem auch durch unsere Initiative und Leistung, dann aber auch durch unsere Fähigkeit zum Unternehmerrisiko Gestalt annimmt und nur dadurch zur Grundlage unseres Wohlstandes und unserer Wohlfahrt wird, belastet die einst ausgeprägte Freude am Wirtschaften und denaturiert sie tendenzmässig zum Denken in Ansprüchen.

In den Kategorien des Haltens und mit Argumenten der Besitzesstandswahrung verpassen möglicherweise aktive Generationen den Anschluss an das

wirtschaftliche Geschehen. Sicherlich, es gibt zahlreiche positive Ausnahmen und erfreuliche Lichtblicke, doch eine gewisse Neigung zum Abstandnehmen gegenüber der «profitorientierten» Wirtschaft ist nicht übersehbar, deutlich erkennbar an einer nicht wegzudisputierenden Einstellungsveränderung gegenüber dem Arbeitsethos, dann aber auch gegenüber dem Leistungsprinzip, der Funktion des «Gewinns» und vor allem in der Gleichgültigkeit, mit welcher Strukturveränderungen und das Marktgeschehen hingenommen werden.

In diesem Zusammenhang gehören beispielsweise auch die relative Sorglosigkeit gegenüber einer ohne Korrekturanstrengungen wachsenden Staatsquote – verbunden mit Steuererhöhungen – und die anhaltende Skepsis gegenüber der Technik sowie den Naturwissenschaften bis und mit der Inkaufnahme des Verlustes bzw. der Nichtrealisierung von Forschungs- und Entwicklungspotentialen, wobei gleich zu unterstreichen ist, dass es im Rahmen des Aufzeigens von Tendenzen sich nicht darum handelt zu untersuchen, unter welchen Voraussetzungen Einwände berechtigt sind. Hier geht es um die Grundhaltung gegenüber Forschung, Technik und Produkteentwicklung. Dass sich die Wirtschaft parallel dazu in ihrer Verantwortung für Staat und Gesellschaft nicht unterschätzen darf, das versteht sich von selbst. Gleichzeitig muss sie sich selbst stets von neuem vorantreiben und Vorsprünge am Markt forcieren.

Regulierungssucht

Der *sechste Trendfaktor* hat es mit der Diskrepanz von staatlicher Wirtschaftspolitik und unternehmerischer «AG-Schweiz» zu tun: Die Wirtschaftspolitik hat es nämlich fertiggebracht und bringt es laufend fertig, die Wirtschaft aus dem Markt zu manövrieren, auch wenn gegenwärtig kraftvolle Anstrengungen unternommen werden, Korrekturen anzusetzen. Zur Faktizität der Regulierungsneigung und zur Angst vor der Realität des international gewordenen Marktes muss nichts erläuternd ausgeführt werden. Darüber nachzudenken, warum es so kommt, dass im Bereich der Politik auf Probleme phantasielos mit Regulierungen reagiert wird, das müssten wir uns einiges kosten lassen.

Der Beispiele sind viele, und diese lassen sich erst noch nach allen Seiten ausweiten, bis zur Gesetzgebung über die Landwirtschaft, die kaum mehr durchschau- und nachvollziehbar ist. Es stimmt eben etwas nicht, wenn unser Parlament, in dem es zahlreiche Politiker gibt, die zwar plakativ, man dürfe nicht beim Vater Staat anklopfen, auf jedwede Herausforderung hin

zum Gesetz greift und Vorschriften über staatliche Leistungsmassnahmen und Interventionen erlässt. Umgekehrt kann und darf es nicht sein, dass notwendige Gesetze des Ordnungsstaates unterdrückt werden, nur weil sie wehtun: *Distinguendum est.*

Wachsende Disparitäten

Ein *siebtes Trendelement* ist besonders wichtig; es trifft die Kohärenz unserer Gesellschaft im kritischen Masse. Es geht hier u.a. um den wachsenden Verlust des sogenannten Mittelstandes, verstanden als jene Schicht, welche in grösster Selbstverständlichkeit am Arbeitsprozess teilnimmt und im Rahmen der Familie Kultur lebt, eine wirtschaftliche und soziale Schicksalsgemeinschaft aufbaut und von Generation zu Generation weitergibt. Es genügt nicht, wenn diese Lebensform zum Privileg einkommensstarker Kreise wird. Die demokratische Gesellschaft lebt von der Breite dieses inneren Reichtums.

Doch leider: Die heute bevorzugten Lebensformen zehren diesen traditionellen schweizerischen Mittelstand aus, mit einer klar negativen Tendenz, beginnend bei den Steuern, bei den Kosten für das Wohnen, und nicht zuletzt bei der sozialen Vorsorge. Ein doppelverdienendes, kinderloses Konkubinatspaar lebt jenseits wirtschaftlicher Sorgen, eine Familie ab drei Kindern steht bei einem einzigen Einkommen vor akuten Problemen. Der Trend wird sich deshalb – bedauerlicherweise – von der Familie im guten Sinne des Reichtums des Zusammenlebens abwenden.

Nicht minder zu denken geben muss, dass unter diesen Voraussetzungen die wirtschaftlichen Unterschiede grösser und die Kluft zwischen Leistungsstarken und Leistungsgemehrten immer ausgeprägter wird. Dies ist wohl einer der heikelsten Punkte, der unserer Gesellschaft echte Probleme bereiten wird, zumal die faire Chance zum «Glück», realisiert in einer Generation – ohne Möglichkeiten des Erbens und mit familiären Lasten –, nur noch selten bestehen wird. Kaum ansprechbar sind jene Unterschiede, die bei sinkendem Assimilationswillen und nachlassender Integrationskraft aufkommen könnten. Das vieldimensionale Disparitätenproblem läuft schon heute nicht mehr längs der politisch einst wichtigen regionalen Grenzen; es ist ein gesamtgesellschaftliches geworden.

Freiwilligkeitsmangel

Bereits sind wir beim *achten Trendelement*: Der anhaltende Verlust an Freiwilligkeit wiegt schwer. Die demokratische Gesellschaft lebt von ihr. Die 68-Jahre mit ihrer Selbstzelebration der

Selbstverwirklichung und ein aufkommendes, verbreitetes Religionsverständnis, das die innere Meditation höher ansetzt als das persönliche Entstehen für die andern, haben in diesem Land mehr verändert, als wir uns einzugestehen bereit sind. Sicherlich, sie haben auch manches bewegt. Sie haben aber letztlich die Freiheit der positiven, selbstgewählten Zuwendung zur Gesellschaft tangiert, weil sie deren Preis, die Freiwilligkeit, in der Substanz getroffen haben.

Der Milizgedanke schwindet denn auch, vorgelebt sogar – leider – durch das Parlament. Und dabei lebt eine Gemeinschaft exakt davon, dass jeder etwas mehr tut als er müsste, freiwillig und ohne Aufsehen. Der negative Trend ist bedenklich, weil er sich vor dem Hintergrund einer heranwachsenden Freizeitgesellschaft abspielt, die Raum genug für Freiwilligkeit schaffen würde – merkwürdigerweise ein Ausblick ohne erfreulich-korrigierende Perspektive.

Hilfreich könnte der Gedanke sein, für das Milizsystem auf der hohen Ebene der knappen Ressource der Elite von der Parallelität wegzufinden, hin zum Nacheinander, mal Politikerin, mal Anwältin, mal Hausfrau, mal ETH-Rätin – in gleicher Art auch für die Männer. Im übrigen aber gilt es, die Freiwilligkeit zu mobilisieren, und zwar allenthalben, soll nicht der Trend zur «atomisierten Gesellschaft» siegen.

Respektdefizit

Der *neunte* den Trend prägende *Faktor* lässt sich wie folgt formulieren: Das ethische Potential des Respekts ist rückläufig. Schmierereien, Füsse auf den Bahnsitzen – sogar der ersten Klasse –, Abfälle auf den Strassen, das bedenkenlose Einkassieren von Subventionen, das lockere Messer in der Westentasche und das Dulden des Elends der Drogenszene mit ihren unwürdigen Begleiterscheinungen, sie alle zeugen von Ethikverlust, just zu einer Zeit, in der Publikationen zur Ethik überfluten und Ethik-Beauftragte Unternehmen und Hochschulen kritisch durchleuchten, als ob Ethik organisiert werden könnte.

Ethik ist letztlich eine nicht delegierbare Kategorie. Sie ist sogar als zwischenmenschliche Dimension dem Ansatz und dem Kern nach individuelle Herausforderung, auch wenn die Gesellschaft mit ihren Ordnungen, sogar mit der verbindlichen Rechtsordnung, nicht daran vorbeikommt, Respekt vor der Freiheit und Würde der Menschen der lebenden und kommenden Generationen sowie vor dem Leben in allen Formen zu fundieren. Das modische Auf-Distanz-Gehen zur Religion und

zu verantwortlichem Tun wird spätestens dann problematisch, wenn fundamentalistische Kräfte in die Lücke springen, ist aber bereits dort ein Verlust, wo es darum geht, dem Leben Lebenssinn zu geben und im Mitmenschen den Nächsten zu erkennen.

Umweltverlust

Der zehnte Faktor der trendmässigen Entwicklung berührt die Lebensvoraussetzungen. Es geht vorweg um die Umweltbelastungen. Erfreulicherweise ist hier das Korrekturpotential relativ ausgeprägt, zeichnet sich doch der Wille ab, den Umweltschutz ernstzunehmen. Es bleibt aber dabei, dass es schwer halten wird, die Randbedingungen so zu strukturieren, dass die Vorsorge zum prägenden Prinzip wird, allseits, weltweit. Schweizerischer Umweltschutz ist national erfolgreich, wenn er sich gleichzeitig international durchsetzt, wobei es mehr als angezeigt ist, mit dem guten Beispiel voranzugehen.

Kurzfristig ist die anhaltende Diffamierung der Technik – mit Einschluss der «besseren» Chemie und der «besseren» Energieproduktion –, die wir so dringend für einen besseren Umweltschutz benötigen würden; sie erschwert aber gerade in diesem Land den direkten Weg zu praktischen Lösungen. Es besteht die Neigung, ideologische Ansätze des Umweltschutzes zu hoch zu bewerten und dabei von der modernen Technik wider die Interessen der Wirtschaft dieses Landes und wider die Anliegen des Umweltschutzes selbst Abschied zu nehmen, was das konkrete Angehen konkreter Probleme in Politik und Wirtschaft unvorteilhaft belastet und damit den Zugang zum Weg der gemeinsamen Abstützung des Umweltschutzes sowie einer technologiestarken Wirtschaft erschwert.

Delegierte Politik samt Kommunikationsdefizit

Der elfte Trendfaktor betrifft die Politik. Sie spielt sich in steigendem Masse in arbeitsteiligen Strukturen ab: Die einen machen Politik – bis und mit der Selbstzelebration in den Massenmedien –, die andern ziehen sich aus der Politik zurück. Ob Verdrossenheit als Ursache, ob innere Gleichgültigkeit als Grund auszumachen seien, das mögen die Meinungsforscher und die Politologen unter sich diskutieren. Der Trend weg von der Politik als der gemeinsamen Bewältigung gemeinsamer Probleme und hin zur Politik durch stillschweigende Delegation an die «Berufs»-Politiker, Parteisekretäre, Informationsbeauftragte und Medienschaffende scheint so oder so anzuhalten, wobei sich aber jedermann das unein-

geschränkte Recht der Kritik oder wenigstens des «Lästermaules» vorbehält, und wenn es nur das Votum der Verachtung über Bern ist.

Dahinter verbirgt sich ein Kommunikationsverlust. Die Fäden zwischen organisierter Politik und öffentlicher politischer Bewusstseinsbildung sind teilweise zerschnitten. Es wäre die Aufgabe der Medien, vermittelnd zu wirken. Die Tendenz in die negative Richtung wird sich verstärken, weil sich in steigendem Masse tatsächliche Entwicklungen der nationalen Demokratie entziehen, was der delegierten Politik neue «Tummelfelder» in internationalen Organisationen abseits der nationalen Öffentlichkeit eröffnet. Schwerwiegend ist der aufgezeigte Trend sodann, weil unsere Regierungen und insbesondere auch die Verwaltungen auf den ihnen zufallenden Verantwortungszuwachs nur begrenzt vorbereitet sind. Der Qualitätsmassstab für Regierung und Verwaltung – wie auch für das Parlament – muss noch definiert werden. Kritisch ist der Trendfaktor auch deshalb, weil aus unserer Demokratie heraus der Wille zur unumgänglichen politischen Neuausrichtung der Verfassung nicht spürbar ist.

Fatal – schicksalhaft – ist ein Defizit im innersten Kern der Politik: Der Grundkonsens zu den Elementarfragen der Freiheit des einzelnen, der Wirtschaft und der Gesellschaft wie auch zur Umschreibung des Aufgabenkataloges der öffentlichen Hand, konkret, «Was der Staat tun darf, was er nicht tun darf, und was er unter allen Umständen tun muss», ist knapp geworden. Zu viele Essentialia haben sich verwischt. Erneuerter Grundkonsens findet sich nur dort, wo wir im politischen Prozess aufeinander zugehen, der politischen Selbstdarstellung abschwören und den «Kern» zu traktandieren verstehen: Vertrauen finden, verstehen wollen, Verständnis zeigen, mit andern Worten, konstruktiv kommunizieren.

Problemfülle mit wachsenden Instabilitäten

Mit diesen elf Trendfaktoren ist ein pessimistisches Signal für die Entwicklung unseres Staates, aber auch für unsere Gesellschaft gesetzt. In ihrer Kumulation und vor allem in ihrer gegenseitigen Vernetzung liegen in der Summe der Trendfaktoren sogar negative Steigerungsmöglichkeiten eingeschlossen. Auf alle Fälle zeichnen sich Instabilitäten politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art ab, die nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollten. Sie sind sogar sicherheitspolitisch relevant. Es ist nicht die Aufgabe dieser

Überlegungen, Ordnungsgefährdungen zu skizzieren, doch wäre es bedenklich, sie zu unterschätzen.

Eine demokratische Gesellschaft erträgt «Inhomogenitäten» nur schlecht. Sie lebt von relativer wirtschaftlicher und sozialer wie auch kultureller Harmonie. Werden die Unterschiede zu gross und zeichnet sich kein Silberstreifen am Horizont ab, so kann es zu «Störungen» kommen, selbst dann, wenn ein Volk gelernt hat, Toleranz zu üben, Geduld zu zeigen und Neid nicht zum Massstab werden zu lassen. Entladungen müssen dabei nicht die harten Formen von Streiks bis schwer kontrollierbare Demonstrationen von Minderheiten aller Arten annehmen. Sie können sich auch «sublimiert» als Unrast, als «nationale Introvertiertheit», als Sonderwege in der Parteienpolitik oder als egozentrische Abwendung von der Gemeinschaft ankündigen. Eine gewisse Hellhörigkeit ist angezeigt.

Auf der andern Seite wissen wir sehr wohl, dass dieses Land Kräfte aufbringen kann und dass es zahlreiche institutionalisierte und geistige «Rotlichter» gibt, die eine ungebrochene Trendentwicklung im offengelegten negativen Sinn erschweren oder sogar verhindern. Und selbstredend weiss jeder «Planer», dass es nichts Ungewisseres gibt als die Zukunft und dass sich gerade der Trend in seiner Reinkultur nie verwirklicht. Der Planer verfügt aber auch über Erfahrungen. Sie lauten: Einen Trend brechen, das ist unheimlich schwierig, sofern sich nicht das «Klima» als Umfeld und Nährboden von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt verändert. Langfristig wird die «Geschichte» von der Geschichte eingeholt, d.h., sie macht mit den Trends was sie will – was immer dies in optimistischer oder pessimistischer Deutung heissen mag.

Eine umfassende Analyse der innenpolitischen Lage dieses Landes müsste unter diesen Umständen nun in einem nächsten Schritt die «optimistischen Gegenkräfte» auflisten und gewichten. Wir denken an Faktoren wie: rechtsstaatliche Grundorientierung mit dem gemeinsamen Nenner der Menschenrechte, politische Demokratie, individuelle Freiheit, soziale Verantwortung, Fähigkeit zu dezentralen Entscheidungsstrukturen und zur Vielfalt von Lösungsmöglichkeiten, Offenheit für Veränderungen, Integrationskraft, Wille zum Zusammenleben, Einbezug der allgemeinen Wohlfahrt in das aktive Wirtschaften, flexible und dynamische Wirtschaft, relativ hoher Ausbildungsstand – und viele mehr. Sie sind präsent, aber sind sie stark genug? Wir hoffen es und wir alle arbeiten an ihrer Festigung. Erfolgreich ist dies nur dann

möglich, wenn wir den Trend kennen. Also ist die Aufgabe gestellt, negative Trendfaktoren nicht gleichgültig zu übergehen.

Die hohe Kunst der Politik ist das Gleichgewicht, nun aber nicht das Gleichgewicht um des Gleichgewichtes willen, sondern jenes Gleichgewicht, das sich auf tragenden Elementen aufbaut und das so gesund ist, dass es sich immer wieder neu einpendeln lässt. Die Politik und vor allem die Innenpolitik ist eben ein ständiges unruhiges Vorwärtsschreiten, das in dieser Unruhe Lebendigkeit der Öffnung hin zum Neuen manifestiert, das aber parallel Gewordenes und Werdendes, Positives und Negatives zu bewerten und konstruktiv zu integrieren vermag, und zwar in einer Nachhaltigkeit, die Instabilitäten, die es zu allen Zeiten gab und die es immer wieder in neuen Formen geben wird, dämpft.

Aufbruch zu einer neu gelebten Schweiz

Schlussfolgerungen sind nach all dem Gesagten heikel. Und doch ist eine Erkenntnis, die zwischen den Zeilen auszumachen ist, zu betonen: Dieses Land steht nicht, wie dies bisweilen ausgedrückt wird, heute in einer Zerreihsprobe. Es sieht sich morgen vor schwierige Probleme gestellt, die in vielen Bereichen verstärkt erst auf uns zukommen und die in ihrer Summierung eine gewaltige Herausforderung darstellen. Das Schlimmste angesichts der Vielfalt und der schlecht entflechtbaren Dimensionen sind Problemunterdrückungen und das Abtun von Problemen mit

Schlagworten, die in neuerer Zeit gehäuft aufkommen, wenn etwas «Heikles» signalisiert wird. Es genügt auch nicht zu sagen, wir hätten angesichts der Problemfülle und der Ungewissheit der Zukunft ein umfassendes «Unsicherheitsproblem», das durch die Produktion von Sicherheit in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt zu meistern sei. Eine moderne Gesellschaft bedarf nicht des vereinfachenden Nenners des unbestimmten und kaum bestimmbareren Versprechens der Sicherheit, abgesehen von der Sicherheit im Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr. Eine «versicherte» Gesellschaft stagniert, während sie doch Chancen wahrnehmen sollte.

Schritte der Vortäuschung von Rezepten oder Problemverdrängungen sind also keine Hilfen. Sie verleiten zu übertriebenen staatlichen Interventionen. Gesucht sind innere Kräfte des Aufbruchs und der Erneuerung, der ehrlichen Problemansprache – mit den Dimensionen der Chancen und der Risiken – sowie des Anpackens, getragen von einem hohen Ethos der Zuwendung, des persönlichen Verzichts, der Bescheidenheit und gleichzeitig des grossen geistigen Entwurfs, des richtungsweisenden Orientierungsrasters sowie der Fähigkeit, über den eigenen Schatten zu springen, um aus dem einen Ethos öffentlich gewordener Verantwortung heraus neue Lösungen zu ermöglichen. Die Schweiz muss dabei nicht neu erfunden, sie muss jedoch in neuer Art wach und anforderungsreich gelebt werden.

Wenn die Schweiz bereits heute arg gebeutelte wäre, dann müssten die Sorgen

um unser Land unendlich gross sein, werden doch die Probleme, wenn unsere methodisch und inhaltlich reichlich kurz gefasste Sicht wenigstens in Umrissen stimmen sollte, nicht kleiner, sondern grösser. Wenn nicht alles täuscht, ist dieses Land – im Gegensatz zur üblichen Beurteilung – eher lethargisch als zerrissen. Das geflügelte Wort vom Röstigraben, der dramatisiert wird, verdeckt und beschwichtigt das wahre Problem des Verlustes an Gemeinschaft, das breiter und tiefer anzusetzen ist, das aber – zu häufig – verdrängt wird.

Bevölkerung und Politik verkennen und bagatellisieren unter dem Einfluss der Symptombekämpfung die Gefahr der Eigendynamik negativer Trendfaktoren. Wie dem auch sei, in erster Linie geht es nicht darum, Prophet zu spielen – es gibt Katastrophen- und Heilspropheten! –, sondern die Voraussetzungen für die «innere, politische Mobilisation» zu schaffen, was nichts anderes bedeutet, als permanente, gekonnte, freudige Arbeit am identitätsstiftenden Grundkonsens dieses Landes zu leisten, ungeachtet der Tatsache, dass dieser kaum zu beschreiben ist und nie gefestigte Konturen annehmen wird.

Politik ist und bleibt Auseinandersetzung mit dem freien Menschen und den Problemen einer sich entwickelnden freien Gesellschaft in einer, so hoffen wir, freien Welt, und deshalb der stets neu anzugehende Versuch, Schritte in die Zukunft zu wagen, ausgerichtet auf die belebte und gelebte «Gemeinschaft» der «Eidgenossen», übrigens zwei Begriffe, die es zu pflegen gilt.

Adresse des Verfassers: Prof. Dr. jur. M. Lendi, Weinmannsgasse 21, 8700 Küsnacht.